



STANDPUNKTE 11 / 2013

CORNELIA HILDEBRANDT/JOCHEN WEICHOLD

BUNDESTAGSWAHL 2013: WAHLPROGRAMME DER PARTEIEN IM VERGLEICH

Welche identifizierbare Programmatik unterscheidet die Parteien substanziell, fragte kürzlich der Sozialpsychologe und bekennende Nicht-Wähler Harald Welzer in einem *Spiegel*-Essay (Nr. 22/2013) mit dem Blick auf die Bundestagswahl 2013. Und mit einem Nein auf der Zunge: «Will DIE LINKE etwas anderes als die SPD, als die CDU, als DIE GRÜNEN?»

Wir gehen im Folgenden dieser Frage nach, kommen aber – um das gleich vorwegzunehmen – zu einem anderen Resultat als der wortradikale Vertreter der Postwachstumsgesellschaft. Auch wir wissen, dass Programme und reale Politik nicht identisch sind. Dennoch lässt sich an Wahlprogrammen die inhaltliche Verfasstheit der Parteien ablesen, zumal vor allem SPD, GRÜNE und LINKE zur Erarbeitung der Programme zunehmend auf partizipative Verfahren (Bürgerforen, Regionalkonferenzen) setzen, die auf gesellschaftliche Integration ausgerichtet sind.

Ein Vergleich der Programme lässt Rückschlüsse auf die inhaltlichen Positionen auf den einzelnen Politikfeldern zu, die über die Schwerpunkte des Wahlkampfs hinausgehen und die gegebenenfalls wichtig für die Beurteilung künftiger politischer Auseinandersetzungen oder sich neu entwickelnder Kooperationen beziehungsweise Allianzen sind. Wir behandeln im Folgenden nicht alle, aber wichtige ausgewählte Politikfelder.

DIE BOTSCHAFTEN DER PARTEIEN

Die im Bundestag vertretenen Parteien gehen mit unterschiedlichen Botschaften in den Wahlkampf. CDU und CSU verweisen auf die positive Entwicklung Deutschlands als «Stabilitätsanker und Wachstumsmotor» inmitten der Krise Europas und geben dies als Erfolg ihrer Regierungspolitik aus. Diese Politik «von Maß und Mitte» soll fortgesetzt werden, ist die Botschaft der CDU/CSU. Damit Deutschland ein Land bleibt, das den künftigen globalen Herausforderungen erfolgreich begegnen kann, müsse es zu einer wettbewerbsfähigen «Chancengesellschaft» entwickelt werden. Zu den Hauptzielen der Union in der nächsten Legislaturperiode gehören die Sicherung solider Finanzen als Grundlage für stabile wirtschaftliche Verhältnisse und nachhaltiges Wachstum und damit die Umsetzung des Dreiklangs aus «Neuverschuldung stoppen, Schulden zurückzahlen und in die Zukunft investieren». Deutschland als führender Industrie- und Exportnation gehe es auf Dauer nur gut, wenn es auch Europa gut gehe. Daher will die Union, dass Europa gestärkt aus der Krise kommt. Insgesamt bietet die CDU/CSU mit ihrem Wahlprogramm einen gut sortierten Gemischtwarenladen, der alle Wählerschichten bedienen will.

Die FDP mausert sich in ihrem Wahlprogramm von der Steuersenkungspartei zur Partei der Sparsamkeit und Leis-

tungsgerechtigkeit. Nur die FDP würde garantieren, lautet die neoliberale Botschaft der Partei, dass Deutschland und Europa «richtig» auf die aktuelle Krise reagieren: nämlich mit «mehr wirtschaftlicher Leistungskraft und weniger Staat». Auch die FDP heftet sich die Erfolgsgeschichte Deutschlands in den Krisen Europas auf ihre Fahnen, präsentiert sich als Verfechterin einer konsequenten Politik der Geldwertstabilität und als Hüterin der Interessen des Mittelstands (Stichworte: «Steuerbremse», Abschaffung der «Kalten Progression»). Ebenso wie die CDU/CSU verbindet die FDP die sich verändernde ökonomische Stellung Deutschlands innerhalb der Europäischen Union (EU) und im globalen Wettbewerb mit dem Ziel der Erschließung neuer aufstrebender Märkte in Asien, Lateinamerika und Afrika und mit der Erklärung, Deutschland sei bereit, globale Verantwortung zu übernehmen.

Die SPD hält sich zugute, in ihrer Regierungszeit mit einer aktiven Industriepolitik und mit den neoliberalen Reformen der «Agenda 2010» den Grundstein für die relativ erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands gelegt zu haben. Nun müssten allerdings einige Fehlentwicklungen wie der Missbrauch von Leiharbeit, Minijobs und Niedriglohnbeschäftigung korrigiert werden. Generell gelte es, so die Botschaft der SPD, «Deutschland besser und gerechter [zu] regieren» und für «ein neues soziales Gleichgewicht in un-

serem Land» zu sorgen. Die SPD strebt deshalb eine «Neubegründung der sozialen Marktwirtschaft» an und will dies – gestützt auf ein gerechteres Steuersystem – mit dem Abbau der öffentlichen Schuldenlast, mit wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit verbinden.

Im Unterschied zu CDU/CSU, FDP und SPD beziehen sich DIE GRÜNEN nicht primär auf die bisherigen Erfolge Deutschlands und insofern auf den Erhalt des Status quo, sondern stellen vielmehr die Fragen künftiger Entwicklung ins Zentrum ihres Wahlprogramms. Energiewende und Ökologie, Gerechtigkeit und eine moderne Gesellschaft seien für DIE GRÜNEN die zentralen Orientierungen ihrer Politik. Nur mit starken GRÜNEN werde es 100 Prozent sichere Energie ohne Atom und ohne fossile Energieträger geben, werde die Wirtschaft besser und sparsamer mit unseren natürlichen Ressourcen umgehen, vermittelt die Öko-Partei als Botschaft. Sie fordert deshalb «Teilhabe. Einmischen. Zukunft schaffen!» als Grundlage für einen grünen Wandel in Politik und Gesellschaft für mehr soziale Gerechtigkeit, für mehr demokratische Beteiligung, für «mehr Frieden» durch mehr zivile Krisenprävention und Abrüstung, für ein «besseres Morgen».

DIE LINKE rückt unter dem Titel «100 Prozent sozial» ihr Kernthema soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt ihres Bundestagswahlkampfes: «Soziale Gerechtigkeit ist das Programm der LINKEN.» Nur mit der LINKEN gebe es eine Kraft, die konsequent gegen Hartz IV, gegen die Rente ab 67 Jahre, für einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde und für den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan ist. Nur wenn DIE LINKE im Bundestag vertreten sei, würden die anderen Parteien eine sozialere Politik betreiben, lautet die Botschaft der Partei. Wer Reichtum nicht umverteilen wolle, der könne den Politikwechsel nicht bezahlen. DIE LINKE lege den Finger in die Wunden. Sie gebe denen eine Stimme, die in der großen Politik keine Lobby finden.

AUSWEGE AUS EUROPAS KRISEN

Die Ursachen für die europäischen Krisenprozesse werden von den einzelnen im Bundestag vertretenen Parteien unterschiedlich eingeschätzt, und folglich unterscheiden sich auch ihre Antworten auf die Frage nach den Auswegen aus Europas Krisen. Zwar ist auch CDU/CSU und FDP bewusst, dass die internationale Finanzmarktkrise Grund für die Krise der Staatshaushalte insbesondere südeuropäischer Mitgliedsstaaten der Europäischen Union war, doch reduzieren sie das Krisengeschehen auf eine Staatsschuldenkrise, um in den betroffenen Staaten neoliberale Reformen auf dem Arbeitsmarkt und in den Sozialsystemen nach dem Modell der deutschen «Agenda 2010» durchzudrücken. CDU/CSU und FDP wollen die bisherige Austeritätspolitik in Europa fortsetzen: «Damit der Euro eine starke und stabile Währung bleibt, brauchen wir weitere Anstrengungen und Reformen vor allem in den Staaten, die Hilfe in Anspruch nehmen», schreiben die Unionsparteien in ihrem Wahlprogramm. Und die FDP fordert: «Der Reformdruck muss erhalten bleiben.»

Die SPD betont, dass die unverantwortlichen Spekulationen auf den Finanzmärkten zu einer dramatisch gestiegenen Staatsschuldung in Europa geführt haben. Durch eine gerechte Besteuerung der Finanzmärkte müsse der Finanzsektor jetzt auch dazu beitragen, diese Schulden wieder abzutragen. Kein Finanzmarktakteur, kein Finanzprodukt, kein Markt dürfe in Zukunft unreguliert sein. Die SPD kritisiert, dass die Politik der konservativen deutschen Bundesregierung alle Länder Europas zeitgleich in eine reine Kürzungs- und Austeritätspolitik ohne jeden Wachstumsimpuls gezwungen habe.

Sie will dagegen den Weg zu soliden Staatsfinanzen durch Impulse für Wachstum und Arbeitsplätze begleiten.

DIE GRÜNEN konstatieren, dass die gegenwärtige Krise eben nicht einfach eine Staatsschuldenkrise sei. Die ökonomischen Ungleichgewichte in der Europäischen Union hätten ihre Ursache sowohl in den Defizit- als auch in den Überschussländern. Die von der Bundesregierung betriebene einseitige Exportorientierung Deutschlands habe zu massiven Ungleichgewichten in der Europäischen Union beigetragen. Statt nur auf einseitige Sparpolitik in den Krisenländern zu setzen, die Europa immer tiefer in die Krise führe und den sozialen Zusammenhalt gefährde, gelte es, eine Balance in einer Politik der Solidität, Solidarität und Nachhaltigkeit zu finden. Eine europäische Wirtschaftspolitik müsse mehr dafür tun, dass sich die Wirtschaftskraft der Mitgliedsstaaten gleichmäßiger entwickelt. Dazu müsse die Binnenkonjunktur in den Überschussländern gestärkt werden. DIE GRÜNEN streiten in diesem Kontext für einen ökologisch-sozialen Umbau Europas. Erforderlich sei eine Erneuerung der europäischen Wirtschaft im Sinne eines europäischen Green New Deal.

DIE LINKE sieht die maßgebliche Ursache der größten Krise der Weltwirtschaft seit 80 Jahren in den Ungleichgewichten in der Außenwirtschaft in Europa und weist darauf hin, dass die Rettung der Banken die Staatsverschuldung in die Höhe getrieben habe. Am Anfang jeder Krisenlösung müsse stehen: «Abbau der Ungleichgewichte, steigende Löhne und sozial-ökologische Investitionsprogramme, die Nachfrage steigern, Finanzmärkte regulieren und Vermögende besteuern.» Deutschland habe durch Kürzungsdiktate eine zentrale Rolle bei der Verschärfung der Krise gespielt und die Krisenländer wie Europa insgesamt destabilisiert. DIE LINKE will dagegen (1) einen Schutzschirm für Menschen statt für Banken schaffen und die Profiteure der Krise zur Kasse bitten, (2) eine stabile, nachhaltige und sozial gerechte wirtschaftliche Entwicklung in Europa einleiten und (3) eine langfristig tragfähige Perspektive für die europäische Einigung schaffen.

Exemplarisch für die unterschiedlichen Positionen hinsichtlich der Auswege aus Europas Krisen ist die Haltung der Parteien zur «Europäischen Jugendgarantie». Während sich SPD, GRÜNE, LINKE und selbst CDU/CSU für ein solches Sofortprogramm in der EU aussprechen, um die hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen europäischen Ländern zu bekämpfen, lehnt es die FDP ab: Staatlich finanzierte Beschäftigungsprogramme seien ordnungspolitisch falsch, und ihre Ausgaben würden die Staatsfinanzkrise weiter verschärfen.

Zwar sind sich alle Bundestagsparteien darin einig, dass es zur Vermeidung eines neuen Finanzmarkt-Crashes einer Regulierung der Finanzmärkte und einer Rücknahme der Entkoppelung von Risiko und Haftung Bedarf, doch hinsichtlich der geeigneten Instrumente gibt es gegensätzliche Positionen. Während SPD und GRÜNE für die Schaffung eines Schuldentilgungsfonds und DIE GRÜNEN auch für die Einführung von Eurobonds eintreten, um die Handlungsfähigkeit aller Mitglieder in der Währungsunion sicherzustellen, lehnen dies FDP und CDU/CSU mit Vehemenz ab und wenden sich gegen eine «Vergemeinschaftung der Schulden». Die SPD argumentiert, nachdem durch den Fiskalpakt und andere europäische Kontrollmechanismen strenge und wirkungsvolle Auflagen zur Gewährleistung der nationalen Haushaltsdisziplin aufgestellt worden seien, dürfe das Thema der gemeinsamen Haftung kein Tabu mehr bleiben.

Während SPD, GRÜNE, LINKE und auch CDU/CSU für eine Finanztransaktionssteuer plädieren, wendet sich die FDP indirekt dagegen: «Neue Steuern können die Aufsichts- und Regelungslücken im Bereich der Finanzmärkte nicht schließen.» Während die CDU/CSU für eine wirksame europäische Bankenaufsicht bei der Europäischen Zentralbank (EZB) für die großen, systemrelevanten Banken eintritt, lehnt DIE LINKE dies ab, weil es der EZB an unmittelbarer demokratischer Legitimation fehle. Auch FDP, SPD und GRÜNE plädieren für eine gemeinsame europäische Bankenaufsicht, verlangen aber eine strikte institutionelle Trennung zwischen Zentralbank- und Aufsichtsfunktionen. Als einzige Bundestagspartei fordert DIE LINKE, dass die EZB die Staaten in der Eurozone in einem festgelegten Rahmen direkt finanziert.

Keine der Bundestagsparteien stellt die EU in ihrem Wahlprogramm grundsätzlich in Frage, keine beabsichtigt, aus der Gemeinschaftswährung Euro auszutreten, doch hinsichtlich der Art und Weise der weiteren europäischen Integration zeichnen sich deutliche Unterschiede ab. Für CDU und CSU sind die Nationalstaaten und die Regionen prägende Bestandteile eines Europas der Einheit in Vielfalt. Sie wollen «kein zentralistisch organisiertes und regiertes Europa» und betonen die «christlich-abendländischen Wurzeln» Europas. Die FDP will den Weg der Vertiefung der europäischen Integration hin zu einer «politischen Union mit festen föderalen Grundsätzen, demokratischen Strukturen und einer klaren subsidiären Ordnung» gehen.

SPD und GRÜNE wollen die Wirtschafts- und Währungsunion um eine politische Union ergänzen. Sie plädieren für eine stärkere Demokratisierung Europas und für eine stärkere Harmonisierung von europäischer Arbeits-, Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Investitionspolitik. Eine Währungsunion brauche auch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik.

DIE LINKE tritt für ein soziales, demokratisches und solidarisches Europa ein, das dem Klammergriff der Finanzmärkte entzogen wird: «DIE LINKE steht für einen Neustart der Europäischen Union.» Die Partei fordert eine grundlegende Veränderung der vertraglichen Grundlagen der EU, um die Voraussetzungen für eine demokratische, soziale, ökologische und friedliche Europäische Union zu schaffen. DIE LINKE will eine EU, die Wohlstand und Wohlfahrt für alle fördert. Sie fordert eine soziale Fortschrittsklausel in den EU-Verträgen. Soziale Grundrechte und die Tarifautonomie müssten Vorrang vor den Binnenmarktfreiheiten haben.

WIRTSCHAFTS- UND ARBEITSMARKTPOLITIK

Auf dem Feld der *Wirtschaftspolitik* sieht die FDP zu Recht «die entscheidende Auseinandersetzung der kommenden Jahre» zwischen dem von ihr vertretenen und fälschlich als «Soziale Marktwirtschaft» bezeichneten neoliberalen Markt radikalismus und einer eher keynesianischen Wirtschaftspolitik mit Interventionen des Staates in die Wirtschaft. Das Motto der FDP lautet kurz und knapp: «Weniger Staat!» Sie kämpft gegen «planwirtschaftliche Tendenzen» und will mit ihrer Wirtschaftspolitik vor allem den Mittelstand stärken und «Bürger, Selbständige und Unternehmer von Steuern und Bürokratie» entlasten.

Die Unionsparteien sehen Deutschlands Chancen in einer nachhaltigen und international wettbewerbsfähigen Wirtschaft, deren Kern auch weiterhin eine moderne, industrielle Produktion sein müsse. Sie plädieren für ein nachhaltiges Wachstum, das Ökonomie, Ökologie und Soziales miteinander verbindet. CDU und CSU wollen die führende Rolle der

deutschen Umweltwirtschaft und -technologie weiter ausbauen und Wachstum vom Rohstoffverbrauch entkoppeln.

Die SPD betont, dass Deutschland bei aller Bedeutung des Dienstleistungssektors auch ein erfolgreicher und starker Standort einer vielfältigen Industrie und des produzierenden Gewerbes bleiben müsse. Deshalb will die SPD durch die Erneuerung der Infrastruktur, durch Investitionen in Bildung, Ausbildung und Qualifizierung und vor allem durch eine echte Energiewende den Produktions- und Industriestandort Deutschland sichern und stärken. Sie will eine Erneuerung der klassischen Industrien und die Erschließung neuer Leitmärkte (Mobilität, Gesundheit, Energie, Infrastruktur) vorantreiben. Wachstum und Ressourcenverbrauch seien absolut zu entkoppeln.

DIE GRÜNEN setzen auf eine nachhaltige Wirtschaft als Leitbild und wollen der Ressourcen- und Materialeffizienz zum Durchbruch verhelfen. Sie erklären: «Wir müssen unsere Marktwirtschaft sozial und ökologisch neu begründen.» Wirtschaftswachstum sei nicht das Maß aller Dinge. Zu den Indikatoren für Wohlstand und Lebensqualität müssten auch soziale und ökologische Aspekte gehören, um «der wirtschaftlichen Entwicklung eine grüne Richtung [zu] geben». Die Öko-Partei möchte den Märkten mit einer wertorientierten Ordnungspolitik klare soziale und ökologische Grenzen setzen.

DIE LINKE plädiert für eine aktive staatliche Industriepolitik, die nicht weiter auf Kostensenkung, Arbeitsplatzabbau und Verdrängungskonkurrenz setzt, sondern dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Sie will Wirtschaft und Gesellschaft ökologisch umbauen, mit der Energiewende Ernst machen und dabei die soziale Frage ins Zentrum des Umbaus rücken. Ein Instrumentenmix aus Anreizen, Geboten, Verboten und Transparenz soll die Schonung von Ressourcen belohnen und deren Verschwendung bestrafen oder ganz unterbinden. Als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien will DIE LINKE strukturbestimmende Großunternehmen in gesellschaftliche Eigentumsformen überführen. In Deutschland sei ein Strukturwandel erforderlich – von der Exportorientierung hin zu einer deutlichen Stärkung der Binnenwirtschaft mit gut abgesicherten und vergüteten Arbeitsplätzen.

In der *Arbeitsmarktpolitik* ficht die FDP für eine weitere Deregulierung des Arbeitsmarktes, während CDU und CSU auf diesem Politikfeld nur wenig Handlungsbedarf sehen. Dagegen wollen die SPD, DIE GRÜNEN und vor allem DIE LINKE der Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse Einhalt gebieten. Exemplarisch für die Differenzen ist die Haltung der Bundestagsparteien zum Mindestlohn. Während die FDP einen allgemeinen, flächendeckenden Mindestlohn strikt ablehnt und die CDU/CSU lediglich für einen «tariflichen Mindestlohn» votiert, fordern SPD, GRÜNE und LINKE einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Nach den Vorstellungen von SPD und GRÜNEN soll seine Höhe mindestens 8,50 Euro betragen, nach denen der LINKEN zehn Euro und zum Ende der kommenden Wahlperiode mindestens zwölf Euro.

Die FDP bekämpft staatliche Eingriffe in die «Soziale Marktwirtschaft» und will den Arbeitsmarkt «flexibel und offen» halten. In diesem Kontext plädiert die FDP für «flexible Beschäftigungsformen» und für Lockerungen bei den befristeten Arbeitsverhältnissen. Auch die Unionsparteien wollen prekäre Arbeitsverhältnisse wie Zeitarbeit, befristete Arbeitsverhältnisse, Minijobs, Teilzeitbeschäftigungen und Werkverträge als wichtige Instrumente am Arbeitsmarkt beibehalten.

Im Unterschied zu FDP und CDU/CSU plädieren SPD, GRÜNE und LINKE in ihren Wahlprogrammen für eine aktive Arbeitsmarktpolitik und für die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (bzw. eines «verlässlichen sozialen Arbeitsmarktes») mit Angeboten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, der auch durch den Transfer von passiven in aktive Leistungen finanziert werden soll. Alle drei Parteien greifen die Forderung der Gewerkschaften nach «guter Arbeit» auf und wollen das Tarifvertragssystem stärken. Sie möchten die Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen abschaffen und den Missbrauch von Praktika durch die Einführung von Mindeststandards wirkungsvoll bekämpfen. Sie verlangen gleichen Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit und wollen dieses Prinzip auch für Leiharbeitsbeschäftigte und Stammebelegschaften durchsetzen. Nach dem Willen der GRÜNEN und der LINKEN sollen Leiharbeiter zusätzlich einen Flexibilitätsbonus erhalten. DIE LINKE strebt längerfristig ein Verbot der Leiharbeit an.

SPD und LINKE fordern, dass die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an die Tariftreue geknüpft wird. SPD und GRÜNE verlangen, mit einem Entgeltgleichheitsgesetz die strukturelle Lohnbenachteiligung von Frauen zu beenden. DIE GRÜNEN und DIE LINKE plädieren für ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft und verlangen, den Missbrauch von Werkverträgen zu verhindern. DIE GRÜNEN wollen Minijobs ersetzen, DIE LINKE will ihre Umwandlung in voll sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze von der ersten Stunde an.

STEUERPOLITIK

In der Steuerpolitik vertreten CDU/CSU und FDP einerseits und SPD, GRÜNE und LINKE andererseits konträre Auffassungen. Während CDU/CSU und FDP Steuererhöhungen generell ablehnen, halten die derzeitigen Oppositionsparteien Steuererhöhungen für unumgänglich, um Investitionen in Bildung, in die ökologische Transformation und in die Armutsbekämpfung finanzieren zu können. Explizit wollen SPD und GRÜNE den Spitzensteuersatz von derzeit 42 Prozent auf 49 Prozent und DIE LINKE ihn wieder auf 53 Prozent (wie in der Regierungszeit von Helmut Kohl) anheben. Nach den Vorstellungen der SPD soll der Spitzensteuersatz ab 100.000 Euro zu versteuerndem Jahreseinkommen (bzw. 200.000 Euro bei Eheleuten), nach denjenigen der GRÜNEN ab 80.000 Euro und nach denjenigen der LINKEN ab 65.000 Euro greifen.

Während sich CDU/CSU und FDP ausdrücklich gegen eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer und gegen eine Erhöhung der Erbschaftssteuer wenden, wollen SPD, GRÜNE und LINKE die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer deutlich erhöhen. Die SPD möchte eine Vermögenssteuer einführen, «die der besonderen Situation des deutschen Mittelstandes, von Personengesellschaften und Familienunternehmen Rechnung trägt und ihre zukunftsichernde Eigenkapitalbildung sichert sowie ihre Investitionsspielräume nicht belastet». Hohe Freibeträge für Privatpersonen sollen sicherstellen, dass das normale Einfamilienhaus nicht von der Vermögenssteuer betroffen sein wird. DIE GRÜNEN wollen die Vermögenssteuer mittelfristig verfassungskonform wiederbeleben. DIE LINKE fordert eine Vermögenssteuer für Millionäre, bei der die erste Million des Vermögens steuerfrei bleibt und danach ein Steuersatz in Höhe von fünf Prozent auf Privat- und Betriebsvermögen erhoben wird (unter Abzug der darauf lastenden Schulden).

Während die FDP eine Vermögensabgabe *expressis verbis* ablehnt, wollen DIE GRÜNEN eine zeitlich befristete Vermögensabgabe erheben, die 100 Milliarden Euro einspielen und dazu dienen soll, Bundesschulden zu tilgen, die aus den Konjunkturpaketen und aus der Bankenrettung resultieren. Aus dem gleichen Grund möchte DIE LINKE eine einmalige Vermögensabgabe einführen, die 300 Milliarden Euro erbringen soll. Diese Abgabe soll in der Höhe gestaffelt sein: 10 Prozent ab einem persönlichen Freibetrag von einer Million Euro (bei Betriebsvermögen zwei Millionen Euro), 20 Prozent ab 10 Millionen Euro, 30 Prozent ab 100 Millionen Euro. DIE LINKE will zudem eine Reichensteuer einführen, nach der jeder Euro, der – nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge – über einer Million Einkommen liegt, mit 75 Prozent besteuert werden soll.

Die Unionsparteien und die FDP wollen das bestehende Ehegattensplitting erhalten und (vonseiten der CDU/CSU) sogar um ein Familiensplitting ergänzen. Im Gegensatz dazu streben SPD, GRÜNE und LINKE an, das Ehegattensplitting abzuschmelzen oder ganz abzuschaffen. Ausdrücklich lehnt die SPD ein Familiensplitting ab. Während die FDP die Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge beibehalten will, planen DIE GRÜNEN und DIE LINKE, die Abgeltungsteuer abzuschaffen und Einkünfte aus Kapitalvermögen wieder gemäß dem individuellen Einkommenssteuersatz zu besteuern. Die SPD möchte in einem ersten Schritt die Abgeltungsteuer unter Beibehaltung des Optionswahlrechtes von 25 Prozent auf 32 Prozent erhöhen, schließt aber für die Zukunft nicht aus, die Abgeltungsteuer innerhalb von drei Jahren abzuschaffen und die Kapitalerträge wieder der synthetischen Besteuerung zu unterwerfen.

Um Geringverdiener zu entlasten, wollen DIE GRÜNEN das steuerfreie Existenzminimum für alle von 8.130 auf mindestens 8.700 Euro anheben. Dem gegenüber zielen die Entlastungsvorschläge von CDU/CSU und FDP auf den Mittelstand. Sie wollen die sogenannte Kalte Progression abmildern. Die FDP plädiert gar für eine «Steuerbremse» und will im Grundgesetz einen Halbteilungsgrundsatz verankern, denn mehr als die Hälfte des Einkommens über Ertragsteuern an den Staat abzuführen, sei unverhältnismäßig und leistungsfeindlich.

SOZIALPOLITIK

In der Sozialpolitik geht es vor allem um die Gesundheitspolitik, um die Rentenpolitik und um das Arbeitslosengeld II (ALG II). Die FDP kämpft «gegen alle Schritte in Richtung auf Einheitslöhne, Einheitskassen und Einheitsrenten» und setzt stattdessen auf mehr Wettbewerb und auf eine Stärkung der Kapitaldeckung in den Solidarsystemen. CDU und CSU erklären: «Linke Umverteilungs- und Bevormundungspolitik lehnen wir ab.» Die SPD hält generell an der Politik der «Agenda 2010» fest, verspricht aber, Fehlentwicklungen zu korrigieren. DIE GRÜNEN wollen «das Auseinanderfallen unserer Gesellschaft in drinnen und draußen, in arm und reich, oben und unten» stoppen. DIE LINKE fordert einen Kurswechsel in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, der konsequent mit der Hartz-IV-Logik bricht.

Auf dem Feld der *Gesundheitspolitik* möchten die SPD, DIE GRÜNEN und DIE LINKE das Zweiklassensystem von gesetzlicher und privater Krankenversicherung ablösen. Sie streben eine Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege an, in die alle BürgerInnen einbezogen und zu deren Finanzierung alle Einkommensarten herangezogen werden. Die paritätische Fi-

finanzierung der Krankenversicherung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer soll wiederhergestellt werden.

Nach den Vorstellungen der LINKEN werde mit der Einführung «einer Kasse für alle» die private Vollversicherung überflüssig und abgeschafft und die private Krankenversicherung auf Zusatzleistungen beschränkt. DIE LINKE fordert darüber hinaus die Abschaffung jeglicher Zuzahlungen und Zusatzbeiträge, die Einführung eines Präventionsgesetzes, einen Stopp der Privatisierung von Krankenhäusern und die Überführung privatisierter Kliniken in öffentliche und nichtkommerzielle Trägerschaften. DIE LINKE verlangt den Stopp der mit fünf Euro im Monat geförderten privaten Pflegezusatzversicherung.

Dagegen lehnen CDU/CSU und FDP eine Bürgerversicherung im Bereich Gesundheit und Pflege als «staatliche Einheitsversicherung für alle» beziehungsweise als «Bürgerzwangsversicherung» entschieden ab. Die Unionsparteien streben in der Gesundheitspolitik keinen Kurswechsel an. Sie bekennen sich zum Wettbewerb der Krankenkassen und sind der Auffassung, die private Krankenversicherung leiste mit ihren individuellen Kapitalrücklagen einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit und Umsetzung von Neuerungen im Gesundheitswesen. Auch die Pflegeversicherung habe sich bewährt und solle weiterentwickelt werden. Sie entbinde jedoch den Einzelnen nicht davon, seine Eigenverantwortung und Eigeninitiative wahrzunehmen, was mit der staatlichen Förderung einer privaten Pflegezusatzversicherung unterstützt werden soll.

Das Motto der FDP lautet: «Privat kommt vor Staat». Sie will nicht nur die privaten Krankenkassen stärken, sondern den Gesundheitsfonds wieder «zurückführen» und offensichtlich schrittweise durch eine Kranken- und Pflegeversicherung ersetzen, die – bei Aufhebung der Lohnbezogenheit – generell auf einem Prämiensystem mit Kapitaldeckung beruhen würde. Im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung will die FDP die «Budgetmedizin» abschaffen und (im Sinne der Kopfpauschale) das Kostenerstattungsprinzip einführen. Dafür sollen die PatientInnen eine Rechnung erhalten, in der die Kosten der in Anspruch genommenen Leistungen aufgezeigt sind. «Einer Einheitskasse mit Einheitsversorgung für den Einheitspatienten erteilen wir eine Absage.»

Bei der *Rentenpolitik* stehen sich – ähnlich wie im Bereich Gesundheit und Pflege – zwei unterschiedliche Konzepte konträr gegenüber: Während die FDP und auch CDU/CSU die heutige gesetzliche Rentenversicherung in stärkerem Maße durch private und betriebliche Vorsorge ergänzen möchten, plädieren SPD, GRÜNE und LINKE (wenn auch graduell und vom Zeithorizont her unterschiedlich) für die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Bürgerversicherung. Während die Unionsparteien dieses Thema in ihrem Wahlprogramm nicht aufgreifen, lehnt insbesondere die FDP eine Bürgerversicherung ab und schmätzt sie als «Einheitsrente».

Die SPD will mit der Ausweitung des Versichertenkreises in der gesetzlichen Rentenversicherung einen Schritt zu einer Erwerbstätigenversicherung machen, in der alle zu gleichen Bedingungen für das Alter und bei Erwerbsminderung versichert sind. Nach dem Willen der GRÜNEN soll die Rentenversicherung mittelfristig zur Bürgerversicherung weiterentwickelt werden, in die alle BürgerInnen, das heißt auch BeamtInnen, Selbstständige und Abgeordnete, auf alle Einkommensarten unabhängig vom Erwerbsstatus einzahlen. Nach Auffassung der LINKEN sollen alle Erwerbseinkom-

men in die Rentenversicherung eingehen – auch die von Selbstständigen, BeamtInnen und PolitikerInnen. Die Partei fordert in diesem Kontext die Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenzen und die Abflachung der Rentenhöhe.

Während CDU/CSU, FDP und GRÜNE den Anstieg des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre für notwendig halten, schweigt die SPD in ihrem Wahlprogramm zu diesem Thema. DIE LINKE bezieht in dieser Frage als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien eine gegenteilige Position: Damit der Lebensstandard im Alter gesichert werden könne, müsse das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente durch Streichung der Kürzungsfaktoren aus der Rentenformel wieder auf 53 Prozent erhöht und die Rente erst ab 67 Jahren abgeschafft werden. Nach 40 Beitragsjahren – einschließlich gleichgestellter Zeiten – soll ein abschlagsfreier Einstieg in die Rente möglich sein. Zudem sollen (unabhängig vom Geburtsjahr des Kindes) Müttern oder Vätern drei Jahre Kindererziehungszeiten in der Rente angerechnet werden. Schließlich will DIE LINKE eine solidarische Mindestrente von monatlich 1.050 Euro netto einführen.

Allerdings versprechen auch CDU/CSU, SPD und GRÜNE, der drohenden Altersarmut gegenzusteuern. CDU und CSU sagen zu, ab 2014 für alle Mütter und Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, die Erziehungsleistung mit einem zusätzlichen Rentenpunkt in der Alterssicherung zu berücksichtigen («Mütterrente»). Wer jahrzehntelang gearbeitet habe, dürfe im Alter nicht auf Grundsicherung angewiesen sein. «Wer 40 Jahre versichert ist und privat vorgesorgt hat, soll einen Zuschuss zur Rente auf 850 Euro erhalten.» Die Unionsparteien planen, eine Altersvorsorgepflicht für alle Selbstständigen einzuführen, die nicht bereits anderweitig abgesichert sind.

Die SPD meint, dass ohne die Bekämpfung der Erwerbsarmut der Altersarmut nicht wirksam begegnet werden könne. Sie verspricht, das derzeitige Niveau bei den Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung bis zum Ende des Jahrzehnts aufrechtzuerhalten. Wer seit vielen Jahren der gesetzlichen Rentenversicherung angehöre und Beiträge gezahlt habe, müsse eine Rente deutlich oberhalb der Grundsicherung erhalten. Parallel zu einem gesetzlichen Mindestlohn will die SPD darum eine steuerfinanzierte «Solidarrente» einführen. Diese soll dafür sorgen, dass für langjährig Versicherte (30 Beitragsjahre/40 Versicherungsjahre) die Rente nicht unter 850 Euro liegt. DIE GRÜNEN wollen die Riesterreente grundlegend reformieren und für langjährig Versicherte eine steuerfinanzierte Garantierente von mindestens 850 Euro einführen.

Während die Unionsparteien die Auffassung vertreten, dass eine Angleichung der Renten in Ost und West mit dem geltenden Recht zu erreichen sei, plädieren SPD, GRÜNE, LINKE und FDP in ihren Wahlprogrammen für die Vereinheitlichung des Rentenrechts in Ost und West. DIE GRÜNEN treten dafür ein, den Rentenwert Ost auf den Rentenwert West so anzuheben, dass die bisher erworbenen Rentenansprüche konstant bleiben. Die SPD will mit der Angleichung der Rentenwerte den Aufwertungsfaktor für Löhne in Ostdeutschland abschaffen. DIE LINKE fordert, die Angleichung dürfe nicht zum Nachteil der heute Versicherten führen. Deshalb müsse die Hochwertung der ostdeutschen Löhne und Gehälter erhalten bleiben, solange es noch starke Lohndifferenzen zwischen Ost und West gebe. Es müsse zudem Schluss sein mit den rund 20 Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen, die für verschiedene Berufs- und Betroffenengruppen im Zuge der Rentenüberleitung geschaffen wurden.

Die Regelungen beim *Arbeitslosengeld II* werden von CDU/CSU und SPD nicht thematisiert und damit offenbar auch nicht infrage gestellt. DIE GRÜNEN wollen den Regelsatz für das Arbeitslosengeld II auf 420 Euro anheben. Für Sanktionen soll zunächst ein Moratorium gelten, bis die Sanktionsregeln entschärft sind. DIE GRÜNEN möchten beim Arbeitslosengeld II längerfristig die Grundlage der Berechnung von der Bedarfsgemeinschaft auf individuelle Existenzsicherung umstellen. DIE LINKE besteht dagegen auf ihrer Forderung «Hartz IV muss weg!» und verlangt eine bedarfsgerechte und sanktionsfreie Mindestsicherung. Kurzfristig müssten die Hartz-IV-Regelsätze auf 500 Euro erhöht und die Sanktionen sowie die sogenannten Ein-Euro-Jobs abgeschafft werden. Anstelle der Bedarfs- und Einsatzgemeinschaften müsse das Individualprinzip unter Berücksichtigung der gesetzlichen Unterhaltsverpflichtungen eingeführt werden.

Die FDP hält an den gegenwärtigen Regelungen zum Arbeitslosengeld II fest und betont, es müsse dabei bleiben, dass bei Ablehnung einer zumutbaren angebotenen Arbeit das Arbeitslosengeld II gekürzt werden kann. Längerfristig will sie an dessen Stelle ein «Liberales Bürgergeld» einführen.

SPD und GRÜNE möchten mittelfristig die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung für alle weiterentwickeln. DIE LINKE fordert eine Versicherung gegen Erwerbslosigkeit, die den Lebensstandard sichert. Längerfristig plant DIE LINKE, ein Konzept einzubringen, in dem keine Mindestsicherung mehr unter 1.050 Euro liegt. SPD, GRÜNE und LINKE wollen das von der CDU/CSU-FDP-Koalition eingeführte «bildungsfeindliche» Betreuungsgeld wieder abschaffen.

UMWELT-, ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK

Fragen der *Umweltpolitik* spielen in den Wahlprogrammen aller Bundestagsparteien eine wichtige Rolle, nehmen aber bei den GRÜNEN eine herausgehobene Position ein. DIE GRÜNEN wollen eine intakte Umwelt und gesunde Ernährung für alle, den Schutz der Vielfalt der Natur, eine konsequente Politik des ressourcenleichten Wirtschaftens und ein Umdenken in Konsumgewohnheiten und Lebensstilen, eine bäuerliche Landwirtschaft mit Ökolandanbau und Regionalvermarktung, ohne Massentierhaltung und Tierquälerei.

Nach Auffassung der Union kommt dem Umweltschutz eine besondere Rolle für den Wirtschaftsstandort Deutschland zu. Mit ihrer Hightech-Strategie 2020 möchten CDU und CSU Forschungs- und Innovationsaktivitäten bündeln und auf die Zukunftsmärkte Umwelt und Energie, Gesundheit und Ernährung, Mobilität, Sicherheit und Kommunikation ausrichten.

Die FDP will, dass Deutschland als Exporteur von Ideen und Innovationen hilft, Energie und Ressourcen zu sparen, Emissionen zu vermeiden und die Lebensqualität und den Wohlstand der Menschen zu mehren. Sie will die Steuerungswirkung aller Fördermaßnahmen regelmäßig überprüfen und – wenn notwendig – anpassen.

Die SPD verbindet Umweltschutz mit zukunftsorientierten Investitionen in gesundheitliche Vorsorge und Lebensqualität. Luftreinhaltung, Lärmschutz, gesunde Böden, saubere Gewässer, gesunde Lebensmittel und intakte Ökosysteme seien Voraussetzungen für Lebensqualität, auf die alle Menschen einen Anspruch hätten. Umweltschutz ist für die SPD eine Frage sozialer Gerechtigkeit.

Für DIE LINKE sind soziale Gerechtigkeit, ökologisches Wirtschaften und eine nachhaltige Lebensweise untrennbar

miteinander verbunden. In diesem Sinne will die Partei verhindern, dass die Kosten der Energiewende auf die Bevölkerung abgewälzt werden.

Hinsichtlich der *Energiepolitik* versprechen alle Parteien in ihren Programmen, sich für Erneuerbare Energien, für Strategien zur Reduzierung des Energieverbrauchs und vor allem für eine bezahlbare Energiewende einzusetzen. Sie unterscheiden sich jedoch in Bezug auf die zeitlichen Dimensionen, auf die Gewichtung der einzelnen Energiequellen, auf die Verknüpfung der Energieproblematik mit wirtschaftlichen und/oder sozialen Fragen und auf den Stellenwert öffentlicher Regulierungen des Energiesektors.

Alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien halten am Ausstieg aus der Kernkraft fest, beziehen aber unterschiedliche Positionen zur Nutzung fossiler Energieträger. Die CDU/CSU verspricht, sich dafür einzusetzen, dass für alle Kernkraftwerke (KKW) in der EU rechtlich bindende Vorgaben auf der Basis deutscher Stresstests eingeführt werden. Sie will für die «heimische Braunkohle» den Bau neuer, effizienter Kraftwerke beschleunigen und für Investoren stabile und verlässliche Bedingungen schaffen. Die FDP möchte die stillgelegten KKW möglichst zügig zurückbauen, jedoch die Kernforschung und eine entsprechende Hochschulausbildung in Deutschland erhalten. Die SPD hält Kohle- und Gaskraftwerke (im Sinne von Brückentechnologien) nach wie vor für erforderlich. Geht es nach den GRÜNEN, dann darf die Energieversorgung der Zukunft weder auf Atom noch auf Kohle und Öl aufbauen. DIE LINKE verlangt für den Ausstieg aus der Kohlestromversorgung ein Kohleausstiegsgesetz mit schrittweisen Abschaltungen bis 2040. Neue Kohlekraftwerke oder Tagebaue dürften nicht mehr genehmigt werden.

Hinsichtlich Erneuerbarer Energien in Verbindung mit Energieeffizienz und Energieeinsparung verfolgen die Bundestagsparteien unterschiedliche Zielmarken und setzen verschiedene Schwerpunkte. Die CDU/CSU will bis zum Jahr 2020 den Energieverbrauch um 20 Prozent und den Stromverbrauch in Gebäuden um mindestens zehn Prozent vermindern. CDU/CSU und FDP streben den Ausbau von bedarfsorientierten «denkenden Netzen» und den Ausbau des europäischen Netzverbundes an. Die FDP fordert einen garantierten Mindestanteil an Erneuerbaren Energien für den EU-Binnenmarkt. Die SPD steuert einen Stromanteil von 40 bis 45 Prozent aus Erneuerbaren Energien und von 25 Prozent aus Kraft-Wärme-Kopplung bis zum Jahr 2020 an und will bis 2030 drei Viertel des Stroms aus Erneuerbaren Quellen gewinnen. DIE GRÜNEN wollen bis 2022 bereits die Hälfte und bis 2030 sämtlichen Strom aus Erneuerbaren Energien produzieren. Im Gebäude- und Wärmebereich soll die Umstellung bis 2040 erfolgen. DIE LINKE möchte in einem ersten Schritt bis 2020 die Stromversorgung zu 50 und die Wärmeversorgung zu 20 Prozent aus Erneuerbaren Energien sicherstellen. Sie verlangt langfristig einen Masterplan für Deutschland, nach dem die Strom- und Wärmeversorgung komplett aus Erneuerbaren Energien erfolgen soll.

Die *Klimaschutzziele* der Bundestagsparteien sind unterschiedlich ambitioniert. CDU und CSU setzen sich für eine Anhebung des europäischen Klimaziels ein und wollen erreichen, dass der Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase in Europa bis 2020 um 30 Prozent gegenüber 1990 vermindert wird. Die FDP möchte den CO₂-Ausstoß national bis 2020 um 40 und bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 reduzieren. Die SPD strebt eine Absenkung der CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2050 um mindestens 95 Prozent im Ver-

gleich zu 1990 an. SPD und GRÜNE verlangen ein verbindliches nationales Klimaschutzgesetz mit Zwischenschritten: 40 Prozent Senkung der CO₂-Emissionen bis 2020, 60 Prozent bis 2030 und mindestens 80 Prozent bis 2040. Dieses Gesetz soll Ziele für alle klimarelevanten Sektoren (Industrie, Verkehr sowie Land- und Forstwirtschaft) beinhalten.

DIE GRÜNEN setzen sich darüber hinaus für eine verbindliche Fortentwicklung der bis 2030 in der Europäischen Union zu erreichenden Ziele in der Klimapolitik, beim Anteil der Erneuerbaren Energien an der Gesamtenergieerzeugung sowie bei der Energieeffizienz ein: Bis dahin sollen die EU-Treibhausgasemissionen um 45 Prozent sinken und der EU-Anteil der Erneuerbaren Energien auf 45 Prozent steigen. Die Öko-Partei fordert zudem einen EU-Vertrag für Erneuerbare Energien. DIE LINKE will bis 2020 den Treibhausgasausstoß in der Bundesrepublik gegenüber 1990 halbieren und bis 2050 um mindestens 90 Prozent reduzieren. Der Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromversorgung soll bis 2020 auf 50 Prozent erhöht werden.

Hinsichtlich des Emissionshandels gehen die Meinungen der Bundestagsparteien weit auseinander. Während aus Sicht der LINKEN der Emissionshandel versagt habe und daher durch verbindliche Vorgaben ersetzt werden müsse, halten CDU/CSU, FDP, SPD und GRÜNE an ihm fest. Die SPD will den darniederliegenden europäischen Emissionshandel als *das* zentrale marktwirtschaftliche Instrument reaktivieren, um Investitionen in Energieeffizienz anzureizen. CDU/CSU und FDP setzen sich für eine schrittweise Einbeziehung weiterer Länder in den Emissionshandel ein mit dem Ziel, ein weltweites Handelssystem zu entwickeln. Die Union will dazu die Idee eines «Clubs der Energiewendestaaten» umsetzen, der alle Vorreiter einer umwelt- und klimaverträglichen Energieversorgung vereinigt.

DIE GRÜNEN wollen den Emissionshandel durch Verknappung der Verschmutzungsrechte, höhere Standards und einen Mindestpreis für CO₂ stärken. Bis dahin soll Deutschland durch Einführung eines nationalen Mindestpreises, der Anreize schafft, alte Kohlekraftwerke stillzulegen und in Klimaschutz zu investieren, vorgehen. Statt einer Ausweitung des Emissionshandels auf den gesamten Verkehrs- und Wärmesektor, wie dies die FDP fordert, streben DIE GRÜNEN in anderen Emissionssektoren eine stärkere Kopplung der Energiesteuern an den CO₂-Ausstoß an. Dagegen lehnt die FDP explizit eine Ersetzung des EU-Emissionshandels durch eine «CO₂-Steuer» ab.

BÜRGERRECHTE UND DEMOKRATIE

In Bezug auf Bürgerrechte und Demokratie besteht ein tiefer Graben zwischen den Auffassungen der GRÜNEN, der LINKEN und – mit gewissen Abstrichen – der FDP und der SPD auf der einen Seite und der CDU/CSU auf der anderen Seite. Während die erstgenannten Parteien über die Erweiterung von Bürgerrechten und Demokratie nachdenken, ist dies für die Union kein Thema. Vielmehr laufen die von ihr anvisierten Maßnahmen im Kern auf eine deutliche Einschränkung von Bürgerrechten und Demokratie hinaus.

Die Unionsparteien fordern eine «wehrhafte Demokratie» und verbinden diese Vorstellung mit dem Kampf gegen jede Form von Extremismus, Terrorismus und religiösem Fundamentalismus. Andererseits erklären sie, dass Demokratie in der Gesellschaft für sie die Möglichkeiten des Mitmachens, des bürgerschaftlichen Engagements und der Bürgerbeteiligung vor allem bei Großvorhaben bedeute.

Die FDP verknüpft demokratische Gestaltung mit Rechtstaatlichkeit und solider Haushaltspolitik. Schulden – auch hier wiederholen die Neoliberalen ihr Lieblingsthema – würden «wie Drogen» wirken, die Gesellschaft in Abhängigkeit bringen und gegebenenfalls Gesellschaft und Demokratie existenziell bedrohen. Erste Voraussetzung zur Gestaltung demokratischer Gesellschaften sei deshalb der Abbau von Schulden.

Die SPD beschreibt sich als große politische Kraft für Demokratie und Emanzipation in Deutschland, die vor 80 Jahren als einzige Partei das Ermächtigungsgesetz der Nazis abgelehnt habe. Sie verknüpft demokratische und soziale Teilhabe und verweist auf den Zusammenhang von zunehmender Arbeitslosigkeit, gesellschaftlicher Spaltung und schwindendem Vertrauen in die Demokratie.

DIE GRÜNEN stehen für eine Erneuerung der Demokratie durch Transparenz, Öffentlichkeit, Bürgerbeteiligung, Stärkung der Repräsentation und den Kampf gegen alte und neue Nazis. Sie plädieren für die demokratische Teilhabe aller durch direkte Beteiligungsmöglichkeiten, für geschlechtergerechte Repräsentanz und für Bekämpfung der Korruption. Zur Demokratie gehören für sie Demonstrationen, mitunter auch ziviler Ungehorsam.

DIE LINKE will keine «marktkonforme Demokratie» wie die CDU, sondern will Märkte und Wirtschaft der Demokratie anpassen und dazu soziale und Bürgerrechte stärken. Wer verfügt über den gesellschaftlichen Reichtum, wer bestimmt, was, wann, wie, wo und in welchem Umfang produziert werde – solche Fragen betreffen nach Auffassung der LINKEN in ihrem Kern die Eigentumsfrage und daher das «Wesen der Demokratie». Die Partei bindet damit die Demokratie an die Eigentumsfrage: Ohne ein leistungsfähiges öffentliches Eigentum, das heißt ein kommunales, regionales, genossenschaftliches, gemeinwirtschaftliches oder staatliches Eigentum, könne eine Demokratie nicht funktionieren.

Hinsichtlich der Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch Elemente der direkten Demokratie fordern FDP, SPD, GRÜNE und LINKE Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene, während die Union sich zu diesem Thema nur bedingt äußert. Die FDP will diese direktdemokratischen Elemente verfassungsrechtlich verankern. DIE GRÜNEN wollen die Finanzierung bei Kampagnen für Volksentscheide transparent machen und die Spendenhöhe wie bei der Parteienfinanzierung begrenzen. DIE GRÜNEN und DIE LINKE fordern außerdem auch auf EU-Ebene Volksentscheide. DIE LINKE verlangt für Volksentscheide niedrige Zugangshürden sowie umfassende Informations- und Auskunftsrechte.

Ein gewisses Umdenken hat offenbar auch in der Union eingesetzt. So wollen CDU und CSU Betroffene vor allem bei Großvorhaben wie Flughafenerweiterungen oder dem Ausbau von Windkraftanlagen und Stromnetzen einbinden. Dies müsse bei der Klärung des Bedarfs beginnen und verbunden sein mit Verfahren zur frühzeitigen Beteiligung. Außerdem solle die Geltungsdauer von Genehmigungen und Planfeststellungsbeschlüssen befristet werden. Die FDP setzt sich für Bürgerplenarverfahren und für ein fakultatives Gesetzesreferendum ein.

FDP, SPD, GRÜNE und LINKE wollen das Wahlrecht auf neue Wählergruppen ausweiten. SPD, GRÜNE und LINKE möchten das Mindestalter für Wahlberechtigte auf 16 Jahre senken. DIE LINKE fordert ein Wahlrecht für alle seit fünf Jahren in Deutschland lebenden Menschen. Die FDP plädiert

für ein kommunales Ausländerwahlrecht für Drittstaatsangehörige. DIE GRÜNEN streben das kommunale Wahlrecht auch für Menschen ohne deutschen Pass oder Unionsbürgerschaft an. Zudem treten sie dafür ein, das Wahlrecht für Obdachlose zu gewährleisten. SPD und GRÜNE setzen sich dafür ein, dass Menschen, die unter Betreuung stehen, das Wahlrecht nicht automatisch entzogen wird. DIE LINKE lehnt bei diesen Personen den Entzug des Wahlrechts generell ab. Nicht zuletzt fordert DIE LINKE die Abschaffung der Fünf-Prozent-Sperrklausel.

Unterschiedliche Akzente setzen die Bundestagsparteien bei der informationellen Selbstbestimmung. GRÜNE und LINKE lehnen die Vorratsdatenspeicherung grundsätzlich ab, die FDP lediglich die «anhaltslose» Vorratsdatenspeicherung. DIE LINKE wendet sich zudem strikt gegen Bestandsdatenauskünfte und Online-Durchsuchungen, gegen nichtindividualisierte Funkzellenabfragen, gegen Video-, Späh- und Lauschangriffe sowie gegen Rasterfahndungen. DIE LINKE plädiert für datenschutzfreundliche Technik, für datensparsame Grundeinstellungen bei Webdiensten, Smartphones, Tablet-Computern und Apps sowie für das Recht, die eigenen Daten «mitzunehmen» oder zu löschen. Sie ist für eine klare Trennung zwischen Polizei und Nachrichtendiensten.

DIE GRÜNEN stellen sich gegen ein Zwei-Klassen-Internet, wollen daher den Grundsatz der Netzneutralität gesetzlich verankern und das Fernmeldegeheimnis des Artikels 10 GG zu einem umfassenden Kommunikations- und Medienutzungsgeheimnis weiterentwickeln. Die SPD konzentriert sich bei diesem Thema auf einen besseren Schutz vor Überwachung und dem unkontrollierten Abspeichern sensibler Personaldaten von ArbeitnehmerInnen und fordert dazu ein eigenes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz.

Die Union will bei der Überarbeitung des EU-Datenschutzrechtes das Recht auf Selbstbestimmung über die persönlichen Daten und den Schutz der Privatsphäre erhalten. Bei der Nutzung von persönlichen Daten müsse der «Grundsatz der ausdrücklichen Einwilligung gelten». Die CDU/CSU möchte das Recht auf das Löschen der eigenen Daten vor allem in sozialen Netzwerken und die Berücksichtigung des Datenschutzes in der Entwicklung neuer Techniken und Produkte durchsetzen.

FDP, SPD, GRÜNE und LINKE wenden sich explizit gegen jegliche Diskriminierung aufgrund von Religion, ethnischer Herkunft, Geschlecht oder Behinderung und treten für geistige und körperliche Unversehrtheit, gegen weibliche Genitalverstümmelung und gegen häusliche Gewalt ein. Darüber hinaus setzen sich FDP und LINKE für die Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum Pakt der UNO über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ein, das es Einzelpersonen ermöglicht, persönliche Rechte vor einem internationalen Gremium einzuklagen.

In der Asyl- und Flüchtlingspolitik wollen FDP, SPD, GRÜNE und LINKE eine ganze Reihe von restriktiven Bestimmungen abschaffen, während die Union auf diesem Politikfeld offenbar kaum Handlungsbedarf sieht. FDP, SPD und LINKE wollen die Residenzpflicht abschaffen. Nach dem Willen von FDP und GRÜNEN soll auch die Arbeiterlaubnispflicht für AsylbewerberInnen entfallen. Auch die SPD will ihnen den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern. Nach Auffassung der LINKEN stehe Asylsuchenden das gleiche Recht auf Arbeit, Grundsicherung und Gesundheitsversorgung zu wie den BürgerInnen Deutschlands. Die SPD will Leistungen für

AsylbewerberInnen nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts reformieren, GRÜNE und LINKE möchten das Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen. DIE LINKE fordert darüber hinaus die Abschaffung der Unterbringung von Asylsuchenden in Sammellagern.

FDP, SPD und GRÜNE streben eine weitergehende Bleiberechtsregelung für AsylbewerberInnen an. Sie wollen das Aufenthaltsgesetz so ändern, dass ausreisepflichtige Jugendliche und Heranwachsende nach erfolgreichem Schulbesuch sowie sonstige ausreisepflichtige Personen ein stichtagsunabhängiges Bleiberecht erhalten. DIE LINKE fordert ein Bleiberecht für alle Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus, die länger als fünf Jahre in Deutschland leben.

AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

Alle im Bundestag vertretenen Parteien erklären, dass sich ihre Politik an der weltweiten Anerkennung und Durchsetzung der Menschenrechte orientiert, an einer friedlichen, wirtschaftlich und sozial nachhaltigen Entwicklung, an Armutsbekämpfung, politischer Stabilität und Völkerverständigung. CDU/CSU und FDP thematisieren in diesem Zusammenhang die «globale Verantwortung» Deutschlands und verbinden sie mit verlässlichen Partnerschaften und Bündnispflichten im Rahmen der UNO, der OSZE, der Nato und der EU. CDU/CSU, FDP und SPD wollen die militärische Zusammenarbeit in der EU vertiefen, die FDP und die SPD langfristig auch europäische Streitkräfte aufbauen. Nach dem Willen der LINKEN darf Krieg kein Mittel der Politik sein. DIE LINKE fordert deshalb den Rückzug aller deutschen SoldatInnen aus den Auslandseinsätzen.

In der Haltung zur Nato gibt es eine tiefe Kluft zwischen CDU/CSU, FDP, SPD und GRÜNEN auf der einen Seite und der Partei DIE LINKE auf der anderen Seite. Während sich CDU/CSU, FDP und SPD zur Nato bekennen, wollen DIE GRÜNEN die Nato so reformieren, dass sie in eine multilaterale Sicherheitsarchitektur integriert werden kann. Russland und alle osteuropäischen Länder müssten eingebunden werden. Die Nato solle künftig Motor bei Rüstungskontrolle und Abrüstung sein. DIE LINKE fordert dagegen die Auflösung der Nato und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat. Unabhängig von einer Entscheidung über den Verbleib Deutschlands in der Nato setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass Deutschland aus den militärischen Strukturen des Bündnisses austritt.

CDU/CSU, FDP, SPD und GRÜNE stehen zur Bundeswehr und ihren Auslandseinsätzen, binden aber Auslands- und Kampfeinsätze der Bundeswehr an das Völkerrecht sowie an Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates. DIE LINKE lehnt Kampfeinsätze der Bundeswehr ab. Sie will den Umbau der Bundeswehr in eine Einsatzarmee stoppen, die Bundeswehr in den kommenden vier Jahren drastisch verkleinern und zu einer strukturell nichtangriffs- und nichtinterventionsfähigen Armee abrüsten. Langfristig will DIE LINKE eine Welt ohne Kriege und deshalb ein Deutschland und ein Europa ohne Armeen. DIE LINKE und DIE GRÜNEN lehnen einen Einsatz der Bundeswehr im Inneren ausdrücklich ab.

CDU/CSU, FDP und SPD bejahen den Kampfeinsatz der Bundeswehr in Afghanistan, wollen ihn allerdings 2014/15 beenden. Ab 2015 soll sich die Bundeswehr vorrangig um die Ausbildung und Beratung der afghanischen Sicherheitskräfte kümmern. Auch DIE GRÜNEN bekennen sich zu diesem Einsatz, wollen seiner Verlängerung über 2014 hinaus

jedoch nur als einer von der UN mandatierten *peace building mission* (ohne Kampfauftrag und Aufstandsbekämpfung) zustimmen. DIE LINKE fordert dagegen den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Nahtlos müsse ein tragfähiges, ziviles Sicherheitskonzept umgesetzt werden.

RESÜMEE

Ein Vergleich der Wahlprogramme von CDU/CSU, FDP, SPD, der GRÜNEN und der LINKEN zur Bundestagswahl 2013 verdeutlicht die verschiedenen Positionen der Parteien hinsichtlich übergreifender Politiklinien, zeigt ihre Nähe oder Ferne und hilft, sowohl mögliche Kooperationen als auch wahrscheinliche Auseinandersetzungen zu antizipieren. Eine Einordnung der Parteien – bezogen auf derartige übergreifende Politiklinien – gestaltet sich jedoch schwierig, wenn man sämtliche Politikfelder betrachtet. Wie bei der Bundestagswahl 2009 ist auch 2013 das Bild hinsichtlich Wirtschaftspolitik, Steuerpolitik, Sozialpolitik, Demokratie und Bürgerrechte sowie Migrations- und Flüchtlingspolitik am klarsten.

1. Auf der Achse *«Neoliberalismus versus Sozialstaatsorientierung»* bilden die FDP und die Partei DIE LINKE die Gegenpole. Die CDU/CSU befindet sich auf dieser Achse nahe bei der FDP. Das Programm der SPD liegt näher bei einer Sozialstaatsorientierung. DIE GRÜNEN sind zwischen der SPD und der LINKEN einzuordnen. Die Forderungen der Partei DIE LINKE gehen zum Teil weit über diejenigen von SPD und GRÜNEN hinaus, insbesondere was mögliche Auswege aus Europas Krisen betrifft.

2. Betrachtet man die Politikfelder Demokratie und Bürgerrechte, dann bilden auf der Achse *«libertäre versus autoritäre Orientierung»* die CDU/CSU auf der autoritären Seite und die LINKE sowie DIE GRÜNEN auf der libertären Seite die Gegenpole. Die SPD befindet sich hier dazwischen, die FDP näher bei GRÜNEN und LINKEN.

3. Auf der Achse *«nationale (und tendenziell nationalistische) Orientierung versus weltoffene Orientierung»* steht die Union eher auf der Seite des Nationalen. DIE LINKE und DIE GRÜNEN sind auf dem Pol der Weltoffenheit zu verorten. Auch hier liegt die SPD dazwischen. Die FDP changiert mit dem Blick auf die größtmögliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zwischen einer nationalen Orientierung wie in der Frage von Eurobonds und europäischem Schuldentilgungsfonds und einer weltoffenen Orientierung wie beim Einwanderungs- und Asylrecht. In Bezug auf die Europäische Union streben SPD, FDP und GRÜNE die Vertiefung zur politischen Union an, DIE LINKE dagegen einen Neustart der EU mit einer grundlegenden Veränderung ihrer vertraglichen Basis.

4. In der Außen- und Sicherheitspolitik stehen sich CDU/CSU, FDP und SPD auf der einen und DIE LINKE auf der anderen Seite gegenüber. Erstere bekennen sich zur Nato und zu Militäreinsätzen, auch in Afghanistan. DIE LINKE hingegen lehnt generell Kriegseinsätze, auch UN-mandatierte, ab. Sie will den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, will die Nato auflösen und durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einschluss Russlands ersetzen. DIE GRÜNEN positionieren sich zwischen diesen Polen – näher bei CDU/CSU, FDP und SPD.

Insgesamt gibt es (wie schon 2009) die größten programmatischen Schnittmengen zwischen den GRÜNEN und der Partei DIE LINKE auf den Gebieten Ökologie, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Demokratie und Bürgerrechte sowie Migrations- und Flüchtlingspolitik. Auch bei SPD und LINKEN

gibt es neben deutlichen Differenzen auf vielen Politikfeldern (vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik) ähnliche Positionen («gute Arbeit», einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn, Bürgerversicherung, soziale Demokratie).

Auffällig ist dieses Mal allerdings zum einen, dass sich die Unionsparteien mit ihrem Wahlprogramm partiell anschlussfähig nach drei Seiten präsentieren: für die Fortsetzung der Koalition mit der FDP, für eine Große Koalition, aber auch für ein schwarz-grünes Regierungsbündnis (Stichworte: Energiewende, Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch). Auffällig ist zum anderen die große Übereinstimmung in den Programmen von SPD und GRÜNEN hinsichtlich konkreter Vorhaben (vor allem in der Steuerpolitik, in der Arbeitsmarktpolitik und in der Sozialpolitik, aber auch in umweltpolitischen Fragen). Auffällig ist schließlich, dass DIE LINKE – bei grundsätzlicher Übereinstimmung mit SPD und GRÜNEN in vielen Fragen – immer wieder bemüht ist, eigene Akzente zu setzen, um sich von der linken Konkurrenz abzuheben. Sie profiliert sich insbesondere als die Partei der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten.

QUELLEN

- CDU/CSU: Gemeinsam erfolgreich für Deutschland. Regierungsprogramm 2013–2017, hrsg. von der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Berlin [2013], 78 S.
- FDP: Bürgerprogramm 2013, beschlossen auf dem Bundesparteitag vom 4. bis 5. Mai 2013 in Nürnberg, hrsg. von der Freien Demokratischen Partei, Bundesgeschäftsstelle, Berlin 2013, 103 S.
- SPD: Das Wir entscheidet. Das Regierungsprogramm 2013–2017, hrsg. vom SPD-Parteivorstand, Berlin [2013], 118 S.
- Zeit für den Grünen Wandel. Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen. Bundestagswahlprogramm 2013 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, hrsg. von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Berlin 2013, 336 S.
- 100 Prozent sozial. Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2013, Berlin [2013], 90 S.

Einen ausführlichen Vergleich der angegebenen Wahlprogramme zur Bundestagswahl im September 2013 (unter Einschluss weiterer Politikfelder) finden Sie in der Reihe «papers» der Rosa-Luxemburg-Stiftung und unter www.rosalux.de.

Cornelia Hildebrandt ist stellvertretende Direktorin des Instituts für Gesellschaftsanalyse, Dr. Jochen Weichold Leiter des Bereiches Archiv und Bibliothek der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Henning Heine
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: August 2013
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

STANDPUNKTE 2013

09/2013

CORNELIA HILDEBRANDT / HORST KAHRS /
HARALD PÄTZOLT

Nach acht Jahren Merkel: No trouble?

08/2013

GÜNTHER SALZ
Müll für Menschen

07/2013

MARIO CANDEIAS
No Exit – Falsche Gegensätze in der Euro-Debatte

06/2013

THOMAS SABLowski / ETIENNE SCHNEIDER
Verarmung made in Frankfurt/M.

05/2013

LÜHR HENKEN / PETER STRUTYNSKI
Händler des Todes

04/2013

JUDITH DELLHEIM / FRIEDER OTTO WOLF /
GABI ZIMMER

Offene Fragen zu Europa

03/2013

ULRICH BRAND / ULLA LÖTZER /
MICHAEL MÜLLER / MICHAEL POPP
Big Business Emissionshandel

02/2013

CHRISTOPH NITZ
Gegen Mittelmaß und Murks

01/2013

MERCEDES BUNZ
Ein Besuch beim neuen Monster

STANDPUNKTE 2012

17/2012

JAN KORTE
Wahn und Wirklichkeit

16/2012

JÖRG ROESLER
Auf dem Weg zum Einwanderungsland

15/2012

SEBASTIAN FRIEDRICH / HANNAH SCHULTES
Bedrohung Salafismus?

14/2012

WOLFGANG WIPPERMANN
Verweigerte Wiedergutmachung

13/2012

HELGE MEVES / TOBIAS SCHULZE
Betriebssysteme und die Krise der Demokratie:
Was lernen wir aus dem Aufstieg der Piraten?

12/2012

MARKUS MOHR
Vier Tage im August

11/2012

ROLF REISSIG
Ein umstrittener Dialog und seine Folgen

10/2012

VOLKER EICK
Hier steuert der Staatsschutz

09/2012

HORST KAHRS / HARALD PÄTZOLT
Zurück zur Wählerschaft

08/2012

DOMINIC HEILIG / TORSTEN HASELBAUER
Griechenland – vor der Wahl ist nach der Wahl

07/2012

ETHAN YOUNG
Die gekaufte Schlammschlacht

06/2012

ISABEL ERDEM / WOLFGANG NEŠKOVIĆ
Sanktionen bei Hartz IV: unbedingt verfassungswidrig!

05/2012

MARIO KESSLER / KLAUS LEDERER
DIE LINKE, Israel und der Antisemitismus: Thema beendet?

04/2012

RENÉ SCHUSTER
Braunkohlerepublik Brandenburg?

03/2012

ULRICH BUSCH
Finanzindustrie – Begriff,
volkswirtschaftliche Bedeutung, Kritik

02/2012

CHRISTOPH NITZ
Schnittstellen: Dialog, Synergien und Macht

01/2012

VORSTAND DES REPUBLIKANISCHEN
ANWÄLTINNEN- UND ANWÄLTEVEREINS
Rechtsstaat auf sächsisch